

Unverheiratete Mütter tragen ein grosses finanzielles Risiko

Das Konkubinatspaar erlebt in der Schweiz einen Boom – kommen aber Kinder, tun sich Lücken in der Altersvorsorge auf



Das tradierte Familienbild hat in der Schweiz noch immer Bestand. In der Realität gar noch mehr als in den Köpfen.

KEYSTONE

MICHAEL FERBER

Jedes fünfte Paar mit Kindern unter fünf Jahren in der Schweiz ist mittlerweile unverheiratet, im Jahr 2010 war es erst jedes zehnte. 2022 wurden 30 Prozent der Kinder in der Schweiz von einer unverheirateten Mutter geboren, wie Daten des Bundesamts für Statistik zeigen.

Vorteile bei den Steuern

Viele Paare heirateten aus steuerlichen Gründen nicht, sagt Reto Spring, Präsident des Finanzplaner-Verbands Schweiz. Verdienten beide Partner gut, sei die Ehe im Allgemeinen ein steuerlicher Nachteil. «In 80 Prozent der Fälle zahlen Doppelverdiener als verheiratetes Paar höhere Steuern als als Konkubinatspaar.» Weitere Anreize, nicht zu heiraten, können sein, dass der Anspruch auf eine Witwenrente ungültig wird, wenn man wieder heiratet. Auch die AHV-Renten unverheirateter Paare sind zusammengezählt nach der Pensionierung höher als die von verheirateten Paaren.

Viele Konkubinatspaare sind sich aber nicht bewusst, dass sie Risiken in Bezug auf die Altersvorsorge eingehen. Vor allem unverheiratete Mütter wüssten oft nicht, welche Gefahren im Falle einer Trennung oder des Todes des Partners für sie bestünden, heisst es in einer neuen Studie des Versicherers

Swiss Life. Folgende Risiken und Nachteile sind zu beachten.

Schlechte Absicherung

Zunächst einmal erhalten hinterbliebene unverheiratete Partnerinnen und Partner aus der AHV keine Witwenrente und keinen Verwitwenzuschlag, wie die Studie ausführt. Auch in der beruflichen Vorsorge sind Konkubinatspartner-Renten für Hinterbliebene eigentlich nicht vorgesehen – viele Pensionskassen bieten diese aber an, wenn man sich schriftlich dafür anmeldet.

Wird eine Ehe geschieden, kommt es in der AHV zu einem Splitting und bei der Pensionskasse zu einem Vorsorgeausgleich. Bei nicht verheirateten Paaren greift dies indessen nicht. Hat also ein Partner sein Arbeitspensum wegen der Kinder stark reduziert, droht hier eine grosse Vorsorgelücke.

Er sehe in der Praxis immer wieder, dass viele Frauen nach der Geburt eines Kindes ihren Mutterschaftsurlaub verlängerten und ihr Pensum bei der Arbeit stark reduzierten, sagt Spring. Wer aber in einem geringen Pensum arbeite, habe zumeist Lücken in der Vorsorge. Laut der genannten Studie arbeiteten beispielsweise in der Bevölkerungsgruppe der 25- bis 44-Jährigen mit Kindern im Haushalt Männer im Jahr 2022 in einem Durchschnittspensum von 90 Prozent, während dieses bei den Frauen nur 48 Prozent betrug. Dies hat eine Online-Befragung von

mehr als 4000 Personen in der Schweiz im März dieses Jahres ergeben.

Die Vorsorgelücke bei Teilzeitbeschäftigten kommt von deren geringerer Entlohnung, aber vor allem auch daher, dass ihnen oftmals Karriere-möglichkeiten entgehen. «Sie bleiben beruflich stecken, haben oftmals eine Zeitlang keine Ambitionen auf höhere Positionen und werden vom Arbeitgeber auch nicht gefördert», sagt der Finanzplaner. «Sobald ein Kind da ist, ist die Lohnungleichheit in der Partnerschaft nicht mehr gewährleistet.»

Ein Drittel weniger Rente

Laut der Studie haben Frauen heute rund 30 Prozent geringere Renten als Männer. Laut dem Studienleiter Andreas Christen stellt diese Zahl allerdings ein «Echo aus der Vergangenheit» dar, da sie auf früheren Erwerbsbiografien beruhe. Zwischen 1996 und 2022 habe sich die durchschnittliche Geschlechterdifferenz beim Erwerbsspensum von rund 40 auf 24 Prozentpunkte verringert.

Zwar sei mit einer weiteren Reduktion des Unterschieds zu rechnen, verschwinden dürfte er aber auf absehbare Zeit nicht. So zeigt die Studie, dass kinderlose junge Frauen mit Kinderwunsch häufiger davon ausgehen, dass sie ihr Erwerbsspensum reduzieren werden, als kinderlose Männer, die gerne Nachwuchs haben möchten.

Gemäss der in der vergangenen Woche publizierten Neurentenstatistik des Bundes zeigen sich bei den Renten aus der beruflichen Vorsorge deutliche Geschlechterunterschiede. Dies verdeutlicht eine Auswertung der Renten von Personen, die ihr Geld aus der Pensionskasse ausschliesslich als Rente bezogen haben. Bei den Frauen lag der Medianbetrag bei 1260 Franken pro Monat, bei den Männern waren es 2205 Franken. Der Medianwert bedeutet, dass 50 Prozent der ausbezahlten Renten höher waren und 50 Prozent niedriger. Geringere Erwerbseinkommen führen indessen nicht nur zu geringeren Renten in der beruflichen Vorsorge, sondern auch zu einer geringeren Vermögensbildung in der dritten Säule.

Kinder sind teuer

Hinzu kommt, dass sich Paare – ob verheiratet oder nicht – beim Entscheid für Kinder bewusst sein sollten, dass dieser Einbussen sowohl bei der Karriere als auch beim Wohlstand bringen könne, sagt Spring. Die Vorsorgespezialistinnen der Grossbank UBS kommen in einer konservativen Berechnung der Kosten für zwei Kinder für ein Medianpaar in der Schweiz zu dem Ergebnis, dass ein solches Paar beim Erreichen des Rententalters rund 1 Million Franken weniger Geld hat, als wenn es keine Kinder gehabt hätte.

Natürlich gibt es Unterschiede je nach Paar. Verkürzt lässt sich sagen, dass Eltern mit höheren Einkommen im Allgemeinen höhere Kosten für die Kin-

der haben. Dies liegt an höheren Zahlungen für Fremdbetreuung, geringeren staatlichen Leistungen sowie daran, dass die Kinder oft längere Ausbildungszeiten haben.

Ausgleich gesucht

Dabei spielen allerdings auch Sachzwänge eine Rolle. Könnten Väter und Mütter frei wählen, würde sich dieser Unterschied mehr als halbieren. Es bieten sich jedoch gewisse Möglichkeiten, um die Lasten fair zu verteilen und Vorsorgelücken zu vermeiden.

■ **Konkubinatsvertrag abschliessen:** «Bei vielen Konkubinatspaaren fehlt es an vertraglichen Abmachungen», sagt Spring. Es sei nicht davon auszugehen, dass Trennungen bei Konkubinatspaaren seltener seien als bei Ehepaaren. Deshalb gelte es, Beziehungen vom Ende her zu denken und das Konkubinatsvertraglich zu regeln.

Das grösste Armutsrisiko in der Schweiz sieht Spring bei alleinerziehenden Frauen. Folglich müssten diese einen Konkubinatsvertrag einfordern. In manchen Konkubinatspaaren übernehme der Vollzeit arbeitende Mann möglicherweise einen grösseren Anteil an der Miete oder den Lebenshaltungskosten. Die Vorsorge sei dann aber immer noch nicht geregelt. «Bei einer Trennung stehen solche Frauen oft nicht gut da.»

■ **Einzahlungen in die dritte Säule:** Laut der Swiss-Life-Studie können der fehlende Vorsorgeausgleich sowie das fehlende AHV-Splitting bei einer Trennung eines Konkubinatspaars zumindest zum Teil mit Drittmitteln kompensiert werden, beispielsweise mit der Säule 3a oder mit freiem Vermögen, das später für Einkäufe in die Pensionskasse verwendet wird.

■ **In höheren Pensen arbeiten:** Er empfehle Frauen, zumindest in einem 70-Prozent-Pensum zu arbeiten, sagt der Finanzplaner Spring. Zudem sollten sie bei der Betreuung der Kinder einen Beitrag von ihrem Partner einfordern.

Laut der Studie arbeiten Mütter in Konkubinatspaaren mehr als verheiratete Mütter. Erstere haben ein berufliches Durchschnittspensum von 58 Prozent, während Letztere im Schnitt nur ein Pensum von 45 Prozent absolvieren. Allerdings reicht auch das nicht aus, um Lücken in der Vorsorge zu vermeiden. Dies zeigt sich auch beim Vergleich mit den unverheirateten Vätern: Diese kommen auf ein Durchschnittspensum von 90 Prozent.

■ **Doch noch heiraten:** Um sich gegenseitig abzusichern, könnte für viele Konkubinatspaare mit Kindern am Ende die Ehe doch die beste Lösung sein. In der Praxis sehe er viele Konkubinatspaare, die sich aufgrund der Komplexität und auch der Kosten für Beratungen letztlich dazu entschieden, doch zu heiraten, sagt Spring – auch wenn sie dies ursprünglich gar nicht gewollt hätten.

IN KÜRZE

OECD erwartet abgeschwächtes Wachstum

(dpa) · Bis die Wirtschaft weltweit wieder durchstartet, steht noch eine Hängepartie bevor. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) rechnet für das kommende Jahr mit einem etwas schwächeren Wachstum der Weltwirtschaft. Nach einem Plus von 2,9 Prozent in diesem Jahr sei 2024 ein Zuwachs von 2,7 Prozent zu erwarten, teilte die OECD am Mittwoch in Paris mit. Für 2025 wird dann ein Anstieg von 3 Prozent erwartet, da die Einkommen zulegen und die Leitzinsen sinken dürften. In der Euro-

Zone hat sich die Wirtschaftsstimmung etwas stärker als erwartet verbessert. Der Economic Sentiment Indicator (ESI) stieg im Vergleich zum Vormonat um 0,3 Punkte auf 93,8 Punkte, wie die Europäische Kommission am Mittwoch in Brüssel mitteilte. Für die USA rechnet die OECD für dieses Jahr mit einem Wachstum von 2,4 Prozent, das sich 2024 auf 1,5 Prozent abschwächen dürfte, bevor es 2025 – unter dem Einfluss einer voraussichtlich gelockerten Geldpolitik – wieder leicht, auf 1,7 Prozent, anzieht.

Inflation in Deutschland sinkt weiter

(dpa) · Ein Hoffnungsschimmer für Deutschland: Die Inflation ist auf dem Rückzug, und die Gehälter der Beschäftigten steigen stärker als die Konsumentenpreise. Nach vorläufigen Daten des Statistischen Bundesamtes lagen die Preise im November um 3,2 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats – nach 3,8 Prozent im Oktober. Es war der niedrigste Stand seit Juni 2021 mit damals 2,4 Prozent. Volkswirte rechnen nach einem Anstieg im Dezember mit einem weiteren Rückgang der Teuerung. Im September lag die Jahresinflationsrate noch bei 4,5 Prozent und im August bei 6,1 Prozent. «Geholten hat dabei der Ölpreis, der trotz dem anhaltenden Konflikt im Nahen Osten jüngst wieder gefallen ist», erläuterte die KfW-Chefvolkswirtin Fritzi Köhler-Geib. Nahrungsmittel verteuerten sich gemäss den vorläufigen Daten dagegen überdurchschnittlich um 5,5 Prozent. Der Anstieg fiel aber nicht mehr so stark aus wie in den Vormonaten.

Slowakei weitet Verbot von Getreideimporten aus

(dpa) · Bratislava hat ein Importverbot für Agrarprodukte aus der Ukraine verlängert und ausgeweitet. Das ursprüngliche Importverbot war bis zum Jahresende befristet und auf Weizen, Mais, Raps und Sonnenblumensamen beschränkt gewesen. Die am Mittwoch beschlossene neue Regelung gilt zeitlich unbefristet und für zehn weitere Produkte, darunter Hopfen, Honig, Rohr- und Rübenzucker. Ähnliche Beschränkungen hatten davor auch Polen und Ungarn verhängt. Slowakische Bauern hätten durch die Einfuhr von ukrainischem Billiggetreide Verluste von rund 110 Millionen Euro erlitten, sagte der slowakische Landwirtschaftsminister Richard Takac der Nachrichtenagentur Tasr.

Europas Autobauer fordern mehr Anreize für E-Autos

(dpa) · Die europäische Autoindustrie will von der Politik mehr Förderung für den Kauf von Elektroautos. In einem am Mittwoch vorgestellten Manifest fordert der Branchenverband Acea eine «Ausweitung von Kaufanreizen, Beschaffungsprogrammen und Steuervorteilen für Verbraucher und Firmen». Der Appell richtet sich an das Europaparlament und die EU-Kommission. Die Industrie müsse mit der Politik zusammenarbeiten und die Voraussetzungen schaffen, damit eine breite Palette klimafreundlicher Fahrzeuge hergestellt werden könne, sagte der Acea-Präsident Luca de Meo. Dazu zählten auch kleine, erschwingliche Elektrofahrzeuge, die in Europa produziert werden könnten.